

PRESSEINFORMATION

Mannheim, Mittwoch, 27. Januar 2021

Gedenkrede von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

heute, vor genau 76 Jahren, am 27. Januar 1945, erreichten Einheiten der Roten Armee den Lagerkomplex Auschwitz-Birkenau in Oberschlesien. Die Soldaten befreiten 7.000 halbverhungerte Häftlinge, die von der SS nicht mehr weiter nach Westen getrieben werden konnten. Von 1940 bis 1945 wurden etwa 1,3 Millionen Menschen in das größte deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt. Mehr als 1,1 Millionen Häftlinge starben allein in Auschwitz und seinen Außenlagern. Fast 90 Prozent der Ermordeten waren Jüdinnen und Juden aus ganz Europa. Weltweit ist Auschwitz zum Symbol für die Völkermorde an den europäischen Juden, an Sinti und Roma und anderen Opfergruppen geworden. Zugleich steht Auschwitz stellvertretend für alle Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes. Gerade in Zeiten einer globalen Bedrohung und ihrer Folgen, wie wir sie mit der Covid-19-Pandemie erleben, ist es umso wichtiger, sich an die Geschehnisse vor 76 Jahren und ihre Ursachen zu erinnern. Darauf werde ich später noch ausführlicher eingehen.

Seit nunmehr 25 Jahren ist der 27. Januar in der Bundesrepublik der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Die Vereinten Nationen erklärten den Tag 2005 zum Internationalen Holocaust-Gedenktag. Auch in Mannheim findet seit vielen Jahren am 27. Januar eine zentrale Gedenkveranstaltung statt, an der viele Bürgerinnen und Bürger teilnehmen. Mit den engagierten Beiträgen Mannheimer Schülergruppen und einem Fachvortrag zum jährlich wechselnden Themenschwerpunkt gehört die Gedenkfeier zu den zentralen Veranstaltungen zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in unserer Stadt.

In diesem Jahr kann die Gedenkfeier aufgrund der Pandemie nicht in der gewohnten Form stattfinden. Doch auch wenn wir heute nicht gemeinsam zu einer Veranstaltung zusammenfinden können, so wollen wir der Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft gedenken – in einem anderen, stilleren Rahmen, aber umso bewusster und stets mit dem Blick auf unsere Gegenwart und Zukunft.

Zu den Grundsätzen unserer städtischen Gedenkfeier gehört es, aller Opfer und Verfolgten der NS-Diktatur zu gedenken. Jedes Jahr steht dabei eine andere Opfergruppe im Fokus. Wir gedenken der jüdischen Mannheimerinnen und Mannheimer, die in der NS-Zeit ent-

rechtet, ausgegrenzt, beraubt, in die Emigration getrieben, deportiert und schließlich ermordet wurden. Die Zerstörung der einstmals größten jüdischen Gemeinde Badens war ein barbarischer Akt, der zerstörte, was Mannheim in besonderer Weise prägte und zur Blüte gebracht hatte. Mehr als 2 400 Jüdinnen und Juden und Menschen jüdischer Abstammung fielen dem Völkermord zum Opfer. Sie wurden aus dem Herzen unserer Stadt gerissen, woran seit 2003 der Gedenkkubus auf den Planken erinnert. Er leuchtet auch in der Nacht, erinnert uns im Vorbeigehen, an Verlust und an das Leuchten der jüdischen Kultur in unserer Stadt.

Wir gedenken der verfolgten und ermordeten Sinti und Roma ebenso wie den politischen Gegnerinnen und Gegnern des NS-Regimes, die schon in den ersten Jahren der NS-Herrschaft in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden.

Wir gedenken auch der mehr als 1.000 Mannheimerinnen und Mannheimer, die als vermeintlich Kranke oder Behinderte dem sogenannten Euthanasie-Programm zum Opfer fielen und in Tötungsanstalten wie Grafeneck oder Hadamar ermordet wurden.

Ebenso gedenken wir der mehr als 30.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus ganz Europa, [9] die in Mannheimer Fabriken, Unternehmen, der Landwirtschaft sowie städtischen Einrichtungen und Dienststellen ausgebeutet wurden. Nicht wenige von ihnen erlebten das Kriegsende und die Befreiung nicht. Zu denen, die in unsere Stadt verschleppt wurden und Zwangsarbeit leisten mussten, gehörten auch die mehr als 1.000 polnischen Häftlinge des KZ Sandhofen.

Wir wollen auch derjenigen Menschen gedenken, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer religiösen Überzeugungen im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden; der Pazifisten und der Deserteure, aber auch jenen, die als sogenannte Asoziale, Gemeinschaftsfremde oder Volksschädlinge stigmatisiert, marginalisiert und gewaltsam zu Tode kamen. Und nicht zuletzt gedenken wir der Millionen Opfer des Zweiten Weltkriegs, die meisten von ihnen in ihren Heimatländern von den Deutschen und ihren Helfen unterdrückt, entrechtet und getötet, z.B. sowjetische Kriegsgefangene, italienische Militärinternierte und alle, die sich gegen die deutsche Besatzung auflehnten.

Heute, mehr als ein dreiviertel Jahrhundert nach Kriegsende, leben nur noch wenige Menschen, die als Verfolgte über die Schrecken der NS-Zeit Zeugnis ablegen können. Sie waren damals Kinder oder Jugendliche; und dennoch prägten die Erlebnisse, die sie erfahren mussten, häufig ihr weiteres Leben bis in die Gegenwart.

Im Februar vergangenen Jahres starb Andrzej Branecki, einer der letzten Überlebenden des KZ Sandhofen, im Alter von 90 Jahren in Warschau. Er war erst 14 Jahre alt, als er 1944 in Polen verhaftet und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurde. In den vergangenen 30 Jahren kam er auf Einladung des Vereins KZ-Gedenkstätte Sandhofen

e.V. wiederholt zu Besuch nach Mannheim, um vor Schulklassen, bei Gedenkfeiern und Veranstaltungen über seine Erlebnisse zu berichten. Ich erinnere mich sehr gut an eine Begegnung im Jahr 2014 in der Gustav-Wiederkehr-Schule, als Herr Branecki über den Warschauer Aufstand und seine Deportation nach Deutschland erzählte. Die Kinder hörten aufmerksam zu, als er von den Schrecken des Krieges, der Unterdrückung Polens und seinen Erfahrungen hier in Mannheim berichtete. Er machte deutlich, wie wichtig es ist, sich für ein Leben in Frieden und Freiheit, für Werte, insbesondere für die Menschenrechte einzusetzen.

Vor wenigen Wochen starb leider auch Amira Gezow in Israel an Corona. 1929 als Charlotte Siesel im westfälischen Coesfeld geboren, wuchs sie in der Mannheimer Neckarstadt auf, bis sie im Oktober 1940 im Alter von 11 Jahren zusammen mit ihrer Familie ins südfranzösische Gurs deportiert wurde. Ihre Eltern wurden in der Shoah ermordet, Amira wurde aus dem Lager Gurs gerettet. Sie überlebte in der Schweiz. Seit den 1990-er Jahren berichtete sie häufig in Veranstaltungen und Interviews über die Deportation nach Gurs und den Leidensweg ihrer Familie. Amira Gezow war eine eindrucksvolle Persönlichkeit, die sich als Holocaust-Überlebende um die Erinnerungsarbeit besonders verdient gemacht hat. Die Lebenswege von Amira Gezow wie aller NS-Verfolgten aus Mannheim werden im künftigen NS-Dokumentationszentrum im MARCHIVUM erforscht und dargestellt. Ihre Stimme wird nicht verstummen.

Gleiches gilt für anderer Überlebende des NS-Terrors. Auch wenn direkte, persönliche Begegnungen mit Überlebenden, die über ihre eigene Verfolgungsgeschichte und die ihrer Familien berichten können, immer seltener werden, bin ich dennoch der Überzeugung, dass die Erinnerung an das NS-Unrecht nicht verblassen wird und nicht verblassen darf. Es ist das Verdienst von Gedenkstätten, Geschichtswerkstätten, Stiftungen, den Verbänden der Überlebenden und Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie zahlreicher engagierter Persönlichkeiten, dass die Erinnerungen von Überlebenden heute in großer Zahl vorliegen und vielfältige Zugänge ermöglichen: Sei es durch schriftliche Überlieferungen, sei es durch audiovisuelle Formate wie Interviews und Fotografien. Wir brauchen diese Erinnerungen nicht nur für Forschungsarbeiten und pädagogisch aufbereitete Materialien, nicht nur um Gedenkstätten und Ausstellungen besuchen zu können oder um in den Schulen die NS-Geschichte zu lehren. Wir brauchen sie um unserer selbst willen, auch wenn sie eine nie schließende Wunde unserer Geschichte darstellen. Wir brauchen sie, um unseren Blick für die Gegenwart zu schärfen und die Zukunft positiv zu gestalten, indem wir uns immer wieder mit der Vergangenheit, mit authentischen Quellen auseinandersetzen, die Wirkungsmacht von Geschichte für unsere Gegenwart zu verstehen. Und wir brauchen sie, um einen Maßstab, einen Kompass in Händen zu halten, um ein glaubwürdiges und wirksames „Nie wieder“ zu bewahren.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch allen Organisationen, Vereinen, Zusammenschlüssen und Personen danken, die sich seit vielen Jahren in Mannheim und der Region

für die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus engagieren und ihre Ergebnisse öffentlich präsentieren. Beispielhaft nenne ich nur die Mannheimer Schulen, die sich immer wieder mit beeindruckenden Beiträgen an der Gedenkfeier zum 27. Januar beteiligen, sich als Träger des Abraham-Pokals engagieren oder eigene Recherche-, Gedenk- und Erinnerungsprojekte durchführen.

Einen bedeutenden Beitrag zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus stellt die Arbeit des Mannheimer Fotografen Luigi Toscano dar. Seine Portraits geben den Überlebenden nicht nur ein Gesicht, sondern auch die Würde, die ihnen als Verfolgte einst geraubt wurde. Die Aufnahmen prägen eine große Empathie für jene Frauen und Männer, die heute, über die ganze Welt zerstreut, noch direktes Zeugnis über das Ungeheuerliche, den Zivilisationsbruch ablegen können. Toscanos Visualisierungen entfalten unmittelbar ihre Wirkung über alle Länder- und Sprachgrenzen hinweg. Derzeit werden seine Fotos, die auch Amira Gezow, Andrzej Brancki und weitere Verfolgte aus unserer Stadt zeigen, im Hauptquartier der UNESCO in Paris gezeigt. Offiziell wurde die Ausstellung vor zwei Tagen eröffnet.

Alle gesellschaftlichen Akteure tragen mit ihrem Engagement dazu bei, dass die Erinnerung eine Zukunft hat. Die Ergebnisse ihrer Arbeit führen uns zugleich vor Augen, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht allein auf eine von obersten staatlichen Instanzen betriebene Politik reduzierbar sind, sondern erst durch die Mittäterschaft und Mitwisserschaft möglich wurden und eine Basis in einer weithin akzeptierten Sprache der Ausgrenzung und Gewalt hatte. Götz Aly wie andere Geschichtswissenschaftler haben vom Nationalsozialismus als einer „Zustimmungsdiktatur“ gesprochen, deren wesentliche Ideologieelemente und politischen Entscheidungen von vielen Deutschen befürwortet wurden. Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Nationalismus, Sozialdarwinismus und eugenische Vorstellungen waren weit verbreitet. Und der NS-Staat bot der sogenannten Volksgemeinschaft vielfältige Möglichkeiten, an Verfolgung und Ausplünderung zu partizipieren, auch materiell.

Ausgrenzung, Verfolgung und Völkermord geschahen in einem Land, das als wirtschaftlich stark, kulturell entwickelt und modern galt. Der Zivilisationsbruch, für den Auschwitz stellvertretend steht, bestürzt und muss uns immer wieder mahnen. Es waren Einwohner unserer Stadt, die ihre jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger diskriminierten, ihre Geschäfte boykottierten und sich schließlich an dem Eigentum der Verschleppten bereicherten. Es waren Mannheimerinnen und Mannheimer, die ihren Nachbarn denunzierten, wenn dieser sich abfällig über die nationalsozialistische Politik geäußert, ausländische Radiosender gehört oder Konservendosen aus einem ausgebombten Haus entwendet hatte. Mediziner, Pflegerinnen und Sozialarbeiterinnen führten Zwangssterilisierungen und die sogenannte Vernichtung unwertigen Lebens, die sogenannte Euthanasie, aus. Ob bäuerliche Betriebe, Wirtschafts- oder Handelsunternehmen oder städtische Einrichtungen – sie alle profitierten

vom Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter und betrachteten dies als normale Begleitscheinung des Krieges. Es waren städtische oder staatliche Beschäftigte, die in ihren Amtsstuben in routinierten Verwaltungsvorgängen die Verfolgten erfassten und ihr Vermögen verteilten. Und auch die Richter und Staatsanwälte, die im Sinne des NS-Staats Urteile fällten, waren keineswegs durchgängig überzeugte Nationalsozialisten, sondern häufig ganz gewöhnliche Juristen, die gleichermaßen in der Weimarer Republik, im NS-Staat und vielfach auch später in der Bundesrepublik Recht sprachen.

Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus darf sich daher nicht auf das Gedenken an die Opfer beschränken – so wichtig dies auch ist –, sondern muss immer nach den Rahmenbedingungen, den Ermöglicungen und den Mechanismen wie Motiven des Mitmachens fragen. Wie war dieser Zivilisationsbruch möglich? Warum werden Menschen zu Handlangern und Exekutoren von Verbrechen?

Jens-Christian Wagner, Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, beklagte kürzlich, dass sich in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren eine „Wohlfühl-Erinnerungskultur“ etabliert habe: „Wir trauern und identifizieren uns mit den Opfern, bekennen, dass das 20. Jahrhundert ein ganz schreckliches Jahrhundert der Massenmorde gewesen ist – und fühlen uns dann wohl, dass es heute nicht mehr so ist.“

Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus darf uns jedoch nicht beruhigen, sie muss uns vielmehr beunruhigen, uns beständig moralisch und politisch herausfordern. Der von Eric Hobsbawm geprägte Begriff des „Zeitalters der Extreme“ verdeutlicht zwar, dass auch in faschistischen wie stalinistischen Systemen im 20. Jahrhundert millionenfach gemordet wurde – doch er ist nicht als Begriff der Relativierung zu verstehen, sondern weist auf die Entwicklungsstränge hin, die mit dem mörderischen 1. Weltkrieg ihren Anfang nahmen. Der 27. Januar 1945 aber, der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, richtet den Blick auf den erstmals gleichsam industriell organisierten Massenmord und rassistischen Genozid durch den NS-Staat, auf ein weit verzweigtes System von Erschießungsgruben, Gaskammern und Krematorien. Was sich im Schatten des von Deutschland entfesselten Raub- und Vernichtungskrieges vollzog, hatte, wie von Hobsbawm beschrieben, Ursachen und eine längere Entwicklung. Dem Morden voraus gingen gesellschaftliche Ächtung und staatliche Diskriminierung, die sich nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler 1933 rasch ausweitete und radikalisierte. Verachtung von Minderheiten, Gewalt gegen politische Gegnerinnen und Gegner sowie Hass auf Fremde kennzeichneten bereits die politische Kultur in der ersten deutschen Demokratie, in der Weimarer Republik. Stets gefährdet von den extremen politischen Flügeln, vertiefte sich unter dem Druck einer globalen Wirtschaftskrise die soziale Spaltung. Von der zunehmenden politischen Radikalisierung gelähmt, bestand die Weimarer Republik diesen Stresstest bekanntlich nicht. Ihre Institutionen kapitulierten; die Gesellschaft lehnte Ende 1932 mehrheitlich die demokratische Ordnung ab und votierte für radikale Gegenentwürfe, die Freiheits- und Menschenrechte ablehnten. Die Saat des Hasses, die mit der Lüge der Dolchstoßlegende 1918 begann, war 1933 aufgegangen.

Heute, mitten in einer globalen Pandemie, die verunsichert, erleben wir erneut, wie demokratische Verfahren und Institutionen verächtlich gemacht und attackiert werden. Entsetzt blicken wir aktuell auf die Ereignisse in den USA, wo ein aufgeregter Mob das Parlamentsgebäude verwüstet und mit Gewalt das Ergebnis einer freien Wahl manipulieren will. Eine Mischung aus Halbwahrheiten, glatten Lügen, die als "alternative Fakten" immer wieder propagiert wurden, war dem Sturm auf das Kapitol vorausgegangen. Die Bilder erschrecken und wecken Assoziationen. Sie zeigen uns einmal mehr die Auswüchse von Spaltung und Hass.

Das Geschehen sollte aber vor allem den Blick auf die teilweise erschreckenden Entwicklungen in unserem Land schärfen. Auch in Deutschland werden fast täglich Repräsentanten unseres Staates und unserer Mandatsträger beleidigt und bedroht. Auch in Deutschland folgen Menschen dem Aufruf, das Parlament als Symbol unseres demokratischen Gemeinwesens zu stürmen. Auch in Deutschland artikulieren sich Antidemokratinnen und Antidemokraten immer zahlreicher, lauter und selbstbewusster. Die Drohung mit Gewalt, Phantasien der Hinrichtung von Andersdenkenden und Demokraten sind alltäglich geworden. Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, werden beschimpft und angegriffen. Wegen ihrer Religion, sexuellen Orientierung oder ihrer Hautfarbe erleben Mitbürgerinnen und Mitbürger Ausgrenzung und Gewalt. Die freien Medien werden als „Lügenpresse“ geschmäht und Politikerinnen und Politiker als „Volksverräter“. In der Pandemie beobachten wir, wie Unmut und Kritik an den staatlichen Schutzmaßnahmen sich radikalisierten und in offene Ablehnung unserer politischen Ordnung umschlagen. Die Verrohung von Sprache und Umgangsformen bedrohen die Menschen, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen, und untergraben das Vertrauen in die staatlichen Einrichtungen sowie demokratische Prozesse.

Gewiss: Berlin ist nicht Weimar. Die Institutionen der Bundesrepublik sind – nicht zuletzt aus den Erfahrungen der gescheiterten Demokratie – robust genug angelegt, um Angriffe einer radikalen Minderheit abzuwehren. Eine demokratische Legitimation für eine antidemokratische Ordnung lässt unsere Verfassung nicht zu. Den Schutz unseres Gemeinwesens dürfen wir jedoch nicht allein Parteien, Sicherheitsbehörden und Staatsverwaltung überlassen. Wir alle sind als Bürgerinnen und Bürger gefordert, allen extremistischen Bestrebungen entgegenzutreten, die Hass und Gewalt legitimieren. Die Demokratie, die uns die Sieger über den Nationalsozialismus brachten und mühsam eingeübt werden musste, ist unsere Lebensform – sie gilt es zu verteidigen. Dazu gehört, Menschenrechte als die Rechte der Anderen zu verteidigen, Andersdenkende nicht mundtot oder verächtlich zu machen und den Ausgleich von Interessen nicht als Verrat, sondern vielmehr als das Merkmal unseres politischen Gemeinwesens zu begreifen. Demokratie braucht Demokraten, die Werte verteidigen und Lehren aus der Geschichte ziehen.

In der „Mannheimer Erklärung für Vielfalt und Toleranz“, die seit 2016 von mehr als 300 Initiativen, Organisationen, Einrichtungen, Religionsgemeinschaften, Unternehmen und

Vereinen unterzeichnet wurde, haben wir als aktive Stadtgesellschaft die Grundlagen und Leitlinien unseres Zusammenlebens definiert. Darin verpflichten sich die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten. Rassistische, antisemitische, sexistische und homophobe Diskriminierungen dürfen in unsere Stadt niemals geduldet werden. In der Präambel der „Mannheimer Erklärung“ heißt es: „Auf der Grundlage jener weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen, die für das Wohl, die Achtung und die Freiheit eines jeden Menschen einstehen, besteht die Verpflichtung, ein gelingendes Zusammenleben in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft zu gestalten. Eine notwendige Verantwortung ergibt sich in besonderer Weise durch die historischen Erfahrungen geschehenen Unrechts in unserer Stadt.“

Sich mit der Geschichte immer wieder zu beschäftigen, dient auch dazu, schiefe Analogie zu erkennen und zu benennen, perfide Vereinnahmungen abzuwehren und jegliche Relativierungen der Geschehnisse zurückzuweisen. Wer von der Versammlungsfreiheit Gebrauch macht und gegen die Corona-Maßnahmen demonstriert, kann sich nicht auf das im Grundgesetz verankerte Widerstandsrecht berufen – und schon gar nicht auf die Frauen und Männer, die unter Einsatz ihres Lebens der NS-Diktatur Widerstand leisteten. So legitim Skepsis gegenüber Impfungen sind, so unzulässig wäre es dennoch, sich als Impfgegner in der Öffentlichkeit mit den Verfolgten des NS-Regimes zu vergleichen. Hier wird die Geschichte in geradezu zynischer Art und Weise instrumentalisiert. Wer das vom Bundestag verabschiedete Infektionsschutzgesetz zur Eindämmung der gegenwärtigen Pandemie mit dem sogenannten Ermächtigungsgesetz von 1933 vergleicht, das die verfassungsmäßige Gewaltenteilung aufhob, verwischt bewusst den Unterschied zwischen einer demokratisch legitimierten Entscheidung und einem pseudolegalen Akt zur Etablierung einer Diktatur. Dieser Geschichtsklitterung, die in unerträglicher Form die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnt, entschieden zu widersprechen, ist eine Verpflichtung, die uns der heutige Tag auferlegt. Den Verfolgten, Entrechteten und Ermordeten schulden wir ein würdiges Gedenken um unserer selbst willen. Vergessen wir das, so gefährden wir das moralische Fundament unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, gefährden unsere eigene Zukunft.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!